



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT
OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 5 1064 · REDAKTION:
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF, JAN KOCHANOWSKI
MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG
DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK – AUCH NUR AUSZUGSWEISE –
NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION
(DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN
EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN
CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

12. Februar
6/76

Kein Prorektor gewählt

Ohne einen neuen Prorektor gewählt zu haben, ist gestern das Konzil nach nur zwanzigminütiger Sitzung auseinandergegangen. Wie das Mitglied des Rektorwahlausschusses, Professor Dr. Sprockhoff, kurz mitteilte, habe der Ausschuss keinen Kandidaten präsentieren können, da auch Professor Dr. Pfaffenberger seine am Montag angekündigte Kandidatur bereits am Dienstagmittag zurückgezogen habe.

Pfaffenberger hatte sich zu einer Kandidatur entschlossen, da, wie er meinte, das Rektorat angesichts der Vorgänge in Hannover gestärkt werden müsse. Dieser Schritt kam aber für alle Gruppen, einschließlich dem BdWi, dem er angehört, so überraschend, daß sich eine Mehrheit für ihn zu diesem Zeitpunkt kaum gefunden hätte, zumal vorher sämtliche Fraktionen im Konzil deutlich gemacht hatten, daß sie zum jetzigen Zeitpunkt an einer Wahl eines Prorektors nicht interessiert seien. In

einem gestern vor dem Konzil verlesenen Schreiben rechtfertigte Pfaffenberger seinen ungewöhnlichen Schritt, die gegenwärtige hochschulpolitische Situation sei dadurch charakterisiert, daß der Kernbereich der Hochschulautonomie, nämlich die Wissenschaftsfreiheit, durch institutionelle und finanziell bedingte Eingriffe berührt werde. Es stehe zu erwarten, daß eine neue Landesregierung durch ein anderes kulturpolitisches Programm die sich entwickelnden Reformansätze dieser Universität nicht nur weiter zu fördern bestrebt sein könnte, sondern sogar rückgängig machen könnte. Für die freie Entwicklung der

wissenschaftlichen Tätigkeit der Universitätsmitglieder, so Pfaffenberger, würde dies einen schweren Rückschlag bedeuten. Die Universität könne jedoch durch eine breite Einigung über die wesentlichen Punkte des Oldenburger Reformmodells diese so überzeugend nach außen vertreten, daß dies auch für eine andere Regierung bindende Wirkung entfalten könnte. Dies setze jedoch eine Verstärkung der Universitätsspitze voraus, der in verstärktem Maße die Vertretung der Universität nach außen als auch der inneruniversitäre Einigungsprozeß als Aufgabe zufalle. Deshalb ist es nach Meinung Pfaffenbergers wünschenswert, wenn der Prorektorposten besetzt wird. Wörtlich erklärte er in diesem Zusammenhang: "Da die kurze noch verbleibende Semesterzeit die als Voraussetzung dazu notwendigen Diskussionen aber nicht mehr ermöglicht, schlage ich vor, daß der Rektor durch Bildung eines interfraktionellen Beratersausschusses unterstützt wird." – Nach Mitteilung des Konzilsvorstandes wird auch auf der nächsten Sitzung des Konzils Mitte April die Wahl eines Prorektors erneut auf der Tagesordnung stehen. gh

Remmers neuer KuMi

Dr. Werner Remmers, bisher bildungspolitischer Sprecher der CDU, wird in der neuen Regierung als Minister sowohl das Wissenschafts- wie das Kultusressort leiten. Der 45jährige Diplom-Volkswirt aus Lingen und Direktor der Katholischen Akademie "Ludwig-Windthorst-Haus" bezeichnete es auf einer Pressekonferenz als seine dringlichste Aufgabe, mehr Planstellen für Lehrer zu schaffen, und wird möglicherweise das wahrnehmen, was der neue Ministerpräsident Dr. Albrecht am vergangenen Sonnabend andeutete: nämlich die Etats der Hochschulen kürzen, um die Planstellen für Lehrer finanzieren zu können. Fortsetzen wird auf jeden Fall Remmers die von der bisherigen SPD/FDP-Landesregierung eingeleitete Reduzierung der Kapazitäten in der Lehrerausbildung. Weiter erklärte Remmers zu seiner Hochschulpolitik, er werde dafür sorgen, daß das Hochschulrahmengesetz ausgefüllt und die Effektivität der Hochschulen in Forschung und Lehre gesteigert werde. Zu den Reformhochschulen in Oldenburg und Osnabrück und deren durch den Wissenschaftsrat empfohlenen Ausbau äußerte sich Remmers bisher nicht. Dagegen erklärte der Rektor der Universität Oldenburg, Professor Dr. Krüger, gegenüber dem NDR zum Regierungswechsel in Hannover, er glaube, daß sich auch eine CDU-Regierung dem Ausbau in dem vom Wissenschaftsrat empfohlenen Rahmen nicht verschließen werde, da seinerzeit die Neugründung von allen im Parlament vertretenen Parteien getragen worden sei. Zudem habe sich der CDU-Minister Langheine 1970 in einer Denkschrift nachdrücklich für den Aufbau einer Universität in Oldenburg ausgesprochen. Ob die Universität auch ihre eingeleiteten Reformansätze weiterhin realisieren kann, wird sich wohl schon demnächst zeigen, wenn es darum geht, eine Zusage der bisherigen Minister Grolle und Mahrenholz einzulösen, nach der zum 1. August dieses Jahres 185 Kontaktlehrer für die einphasige Lehrerausbildung zur Verfügung stehen sollen. gh

Öffnungszeiten

Das Studentenwerk wird in den Semesterferien den Betrieb der Mensa und der Cafeteria vom 16.2. bis zum 9.4. 1976 nur in der Zeit von 9.00-16.00 Uhr aufrechterhalten. Die Essenausgabe (es wird in dieser Zeit nur das Stammessen ausgegeben) erfolgt in der Zeit von 12.30-13.30 Uhr. Der Pavillon im Bauteil A wird vom 16.2. bis zum 9.4.76 geschlossen bleiben. Diese Einschränkungen des Betriebs werden vom Studentenwerk mit betriebsorganisatorischen Notwendigkeiten begründet.

"Weg ..." soll weg

Von Hausarbeitern entfernen lassen will der Rektor die an der Außenwand des D-Traktes mit schlag- und wasserfester Lackfarbe aufgesprühte Forderung "Weg mit dem § 218". Er erklärte dazu, er könne kein Verständnis für die "Wandmalerei" aufbringen, zumal an der Universität Oldenburg niemand an der freien Meinungsäußerung und auch plakativen Darstellung seiner politischen Position gehindert werde. Gegenüber dem Personalrat bedauerte Krüger, daß er die Hausarbeiter mit zusätzlicher Arbeit belasten müsse.

SK Diplom-Sozialwissenschaften

Studium ohne Schwerpunkt?

In einer Stellungnahme protestiert die Studienkommission Diplom-Sozialwissenschaften gegen die Ende Januar vom Wissenschaftsminister verfügte Nichtbesetzung bzw. Streichung mehrerer Soziologie-Stellen, die die Situation des zahlenmäßig stärksten Diplomstudiengangs (50 neue Studienplätze im SS 76) verschärfe.

Nachdem der Fachbereichsrat III bei der Haushaltsanmeldung 1975 von sieben wissenschaftlichen Stellen auf Einwände des Ministeriums hin bereits auf eine Soziologie-Assistentenstelle verzichtet hatte, wandelte der Minister per Erlaß im Mai 1975 eine Hochschullehrerstelle "Soziologie" in eine Stelle Betriebswirtschaftslehre bzw. Didaktik der Wirtschaftswissenschaften um. Jetzt wurden weitere vorläufig gesperrte Stellen für die Lehrerbildung, darunter mehrere Soziologie-Stellen, endgültig gestrichen. Davon wurden fünf weitere Stellen für Hochschullehrer bzw. Assistenten im Bereich der Sozialwissenschaften, die zum Teil noch aus dem PII-Bestand stammen, in Stellen für andere Bereiche, vorwiegend Betriebswirtschaftslehre, umgewandelt. Dadurch wird der Studiengang Diplom-Sozialwissenschaften stark getroffen. Die Argumentation des Ministers, die Lehrerbildung werde ohnehin eingeschränkt, trifft nach Ansicht der Studienkommission nicht zu,

zumal gleichzeitig mehrere der Lehrerbildung dienende Hochschullehrerstellen für Geschichte ausgeschrieben werden durften. Weiter stellt die Studienkommission fest: "Das Studium in zwei der drei vorgesehenen Studienschwerpunkten kann nicht mehr garantiert werden." So sei im Schwerpunkt Arbeit und Produktion ein ausreichendes Angebot nicht mehr gewährleistet, zumal die Gebiete Agrarsoziologie - besonders wichtig bei dem stark auf unsere ländliche Region hin orientierten Studium in Projekten - sowie Sozialpolitik bisher überhaupt nicht vertreten seien. Die geplante starke Berücksichtigung der Sozialplanung im Schwerpunkt Regionalplanung und Kommunalpolitik werde durch die Streichung der Stelle Sozialpolitik/Sozialplanung unmöglich gemacht.

Gegen diese "willkürlichen Eingriffe des Ministers" protestiert die Studienkommission und fordert Fachbereichsrat und Senat auf, sich diesem Protest anzuschließen. Sie verlangt vom Fachbereichsrat und Senat, "insbesondere eine Rücknahme der Streichung der Stellen Agrarsoziologie und Sozialpolitik/Sozialplanung zu fordern; alle vom Minister gestrichenen bzw. umgewandelten Stellen mit Priorität für den Haushalt 1976 anzumelden." jb

Hochschulsituation in Chile

Die folgenden Informationen über die Lage an den chilenischen Universitäten erhielten wir aus Kreisen der Chile-Hilfe e.V. an der Universität Oldenburg. Sie zeigen, wie konsequent die faschistischen Machthaber die Gleichschaltung der gesellschaftlichen Institutionen betreiben.

"Obwohl bekanntermaßen die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in Chile bereits kurz nach der blutigen Machtübernahme der Generäle durch Verhaftungen, Folterungen und Mord ausgeschaltet wurden, gehen die Repressionen weiter. Zum dritten Male innerhalb von zwei Jahren wurde die Stelle des Rektors der Universität von Santiago mit einem Offizier, Oberst Julio Tapia besetzt; Tapia, Ankläger bei der Luftwaffe, zeichnete sich in dem Prozeß

der Luftstreitkräfte von 1974 aus; die Angeklagten waren durch die DINA, eine chilenische Gestapo, schwer mißhandelt worden. Die DINA gehört heute zum Bestand der Universitäten. Der Archäologieprofessor Mario Orellana, selbst fünf Tage lang im KZ 4 Alamos 'überprüft', sagte in der Zeitschrift 'Ercilla' vom 3.9.1975: 'Es gibt eine

Minderheit in der Universität, die sich auf falsche Anklagen spezialisiert hat. Sie betreibt die Jagd auf Menschen. Darin besteht in Wahrheit der einzige Beitrag dieser Leute in den Hochschulen.'

Doch genügen diese direkten Repressionen, zu denen auch Bücherverbrennungen, die Liquidierung von Gewerkschaften und Studentenorganisationen, die Auflösung technischer Studiengänge, die Arbeiterkinder offenstanden, offensichtlich nicht, um den Wunsch der Universitätsangehörigen nach Freiheit und Gerechtigkeit zu unterdrücken. Ungeachtet des hohen Bedarfs Chiles an qualifizierten Arbeitskräften und wissenschaftlichem Nachwuchs werden die Universitäten durch rigorose Sparmaßnahmen 'ausgehungert'. So wurden die Mittel für die größte Universität des Landes in Santiago laut 'El Mercurio' 1975 um 15% gekürzt und sollen 1976 um weitere 17,64% verringert werden. Nach Angaben des Prorektors werden ca. 5 835 Studienplätze gestrichen: 'Damit schließen wir praktische eine komplette Universität; über Streichungen von Akademikerstellen wage ich keine Zahlen zu nennen.' Kurz nach diesem

Kooperation mit Italienern

Vom 2.-7. Februar fand in Pisa auf Einladung des Soziologischen Instituts der dortigen Universität und der Metallarbeitergewerkschaft (FLM) eine deutsch-italienische Arbeitstagung "Bildungsprozesse und Arbeiterbewußtsein" statt, an der aus Oldenburg Thomas Blanke, Rainer Fabian, Thea Dücker, Heide Langguth, Heinz Dieter Loeber, Uta Loeber-Pautsch und Eberhard Schmidt teilnahmen. Die insgesamt zwanzigköpfige deutsche Gruppe unter Leitung von Edgar Weick (Heimvolkshochschule Falkenstein/Ts.) hatte Gelegenheit, mit Arbeitern, Gewerkschaftsfunktionären, Lehrern und Universitätssozialwissenschaftlern durchgehende Erfahrungen in der Arbeiterbildung zu diskutieren und mit dem Bildungsurlaub für Arbeiter in der Bundesrepublik zu vergleichen. Im Mittelpunkt stand dabei das von den italienischen Gewerkschaften durchgesetzte Bildungsprogramm der "150 Stunden", das sowohl den nachzuholenden Schulabschluß als auch Projekte zur Erforschung der betrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Prozesse ermöglicht. Von besonderer Bedeutung war dabei für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik die Erfahrung, daß Form und Inhalt der Arbeiterbildung in Italien unmittelbares Resultat der Stärke und Lebendigkeit der italienischen Arbeiterbewegung sind. In ausführlichen Gesprächen mit Arbeitern und Mitgliedern des Fabrikrates der Piaggio-Werke wurde ein auf langjährige Kampferfahrungen gegründetes Bewußtsein sichtbar, das seinen Ausdruck nicht nur in einer qualitativen Veränderung der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik findet, sondern auch auf eine Reform des gesamten Schul- und Bildungssystems im Interesse der Arbeiterklasse zielt. Zum Abschluß der Arbeitstagung wurde ein "deutsch-italienisches Komitee zur Förderung der Forschung und Entwicklung der Arbeiterbildung" gegründet, das einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch, die Übermittlung von Informationen und die gemeinsame Erarbeitung methodischer und didaktischer Konzeptionen der Arbeiterbildung gewährleisten soll. Für die Oldenburger Gruppe wurde Eberhard Schmidt in dieses Komitee gewählt, dem auf italienischer Seite neben dem Dekan der soziologischen Fakultät der Universität Pisa auch Vertreter der Metallarbeitergewerkschaft und ein Mitglied des Fabrikrates der Piaggio-Werke angehören.

es

Interview wurde er, der über 25 Jahre an der Universität gelehrt und mehrere Ämter bekleidet hatte und der als Gegner der Unidad Popular bekannt war, abgelöst. Gleich ihm verloren 270 Professoren ihre Entscheidungspositionen, auf daß der Rektor 'mehr Bewegungsfreiheit habe' ('El Mercurio', 2.1.1976)." jb

Gremienwahlen

StuPa-Ergebnisse bestätigt

Bei den Wahlen der studentischen Vertreter für das Konzil der Universität konnten der SHB, der MSB Spartakus und der LHV ihre Stimmenanteile durchgängig erhöhen, während die UHG einen Stimmenverlust zu verzeichnen hatte. Die Linke Liste, bisher mit fünf Vertretern im Konzil vertreten und die Unabhängige Liste, bisher ein Vertreter, werden im Konzil nicht vertreten sein, da beide nicht mehr kandidierten. Bei nur geringer Wahlbeteiligung erhielten der SHB 9 Sitze, der MSB 6, der LHV ebenfalls 6 und die UHG 3 Sitze. Gleichzeitig fanden die Wahlen der studentischen Vertreter für die Fachbereichsräte statt.

Hier werden fast ausschließlich Vertreter des SHB und des MSB die studentischen Interessen wahrnehmen. Ausnahmen

bilden nur der Fachbereichsrat III, in dem ein LHV-Vertreter gewählt wurde, und der Fachbereichsrat IV, in dem neben der Gewerkschaftlich orientierten Liste die UHG zwei Vertreter stellt. Die studentischen Vertreter in den Fachbereichsräten:

Fachbereichsrat I
Hecht (SHB), Böhm (MSB)

Fachbereichsrat II
Schulze-Fröhlich (SHB), Stanke (MSB)

Fachbereichsrat III
Pabst (SHB), Teuber (MSB), Hoppe (LHV), Fengler (SHB)

Fachbereichsrat IV
Titze (Gewerk. Orientierte Liste), Rongen (UHG), Kleinschmidt (GO), Tolkmitt (UHG) jk

Ergebnisse der Konzilswahlen

Listen	1976		1975	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
SHB (Liste 2)	37,3	9	27,6	7
MSB (Liste 4)	24,0	6	20,9	5
LHV (Liste 1)	23,3	6	7,6	2
UHG (Liste 3)	15,3	3	15,7	4
Linke Liste	-	-	22,5	5
Unab. Liste	-	-	4,4	1

Projektangebot im FB II fehlt

Ein ausreichendes Angebot an Projekten speziell für Erstsemester ist für das Sommersemester 76 im Fachbereich II nicht mehr sicherzustellen. Zu dieser Feststellung kommt die Fachschaft Germanistik in einer Stellungnahme zur Studiensituation im Fachbereich II. Wie es darin weiter heißt, bedeute die vollständige Ablehnung der beantragten Lehraufträge für das Fach Germanistik eine weitere Verschärfung der Studiensituation. Über den Mangel an Projektangeboten in allen vier Fachbereichen berichteten wir bereits im uni-info 4/76. In diesen Erscheinungen sieht die Fachschaft Germanistik neben der ständigen Gefährdung des Modellversuchs der einphasigen Lehrerbildung (ELAB) durch Restriktionsmaßnahmen von außen eine Aushöhlung des Reformgedankens von innen heraus, die nur durch eine Koordinations- und Kooperationsbereitschaft aller Lehrenden der Universität wirksam verhindert werden kann. Die Stellungnahme im Wortlaut:

"Bereits in der Rahmenordnung Lehrerbildung ist im Paragraphen 7 und 8 und ergänzend in Paragraph 13 die Definition zum inhaltlichen Rahmen von Projekten festgelegt. Paragraph 7 formuliert den Grundsatz der problembezogenen Projekte in Form des forschenden und genetischen Lernens, Paragraph 8 die Relevanz der Projekte sowie die entsprechende zeitliche Ausrichtung auf die einzelnen Studienabschnitte, während Paragraph 13 Ausbildungsziel und Stellung des erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen (EG) Bereichs zum fachlichen Anteil im ersten Studienabschnitt festlegt.

Schon in der ersten Phase der ELAB im Sommersemester 74 war erkennbar, daß die Gewichtung von EG-Anteilen zu Fach-

anteilen, nach den Empfehlungen des Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB), nicht in allen Projekten gewährleistet war, sondern daß die Fachanteile übergewichtet wurden: Abbau der postulierten Interdisziplinarität. Ausgehend von dieser Tendenz versuchten die Gemeinsame Kommission für Lehrerbildung (GKL) und das ZpB im Rahmen der Projektplanungstage (26. und 27.5.1975) sich einen Überblick über das Projektangebot für das WS 75/76 sowie das SS 76 zu verschaffen. Zum Erfolg dieser Planungstage ist festzustellen, daß sie die gewünschte Kooperation und Koordination in keiner Weise leisteten.

Bereits zu diesem Zeitpunkt (SS 75) war die Versorgung der Erstsemester durch

beginnende Projekte äußerst unzureichend. Diese Situation war gekennzeichnet durch:

a) Schwierigkeiten für Erstsemester, in Projekten sinnvoll mitzuarbeiten, die bereits im 2. oder 3. Projektsemester liefen: fehlende 'Liftkurse', unzureichende Versorgung mit Tutoren.

b) Schwierigkeiten, die erforderlichen Erkundungen im 1. Studienabschnitt abzuleisten.

Zum SS 76 wird sich die Studiensituation, speziell für Erstsemester, soweit verschärft haben, daß sie nicht mehr durch den guten Willen einzelner Lehrender zu verschleiern ist. Am 7. Januar 1976 veranstaltete die Studienkommission Germanistik eine Sitzung zum Studienangebot für das SS 76. Ergebnis: Für den ersten Studienabschnitt ist kein einziges Projektangebot vorhanden. Die Planungen sind auch bereits in einem Stadium, welches die nachträgliche Einrichtung eines Projektes für Studienanfänger ausschließt. Als einmaliger Notbehelf in dieser Situation wurde von der Studienkommission Germanistik vorgesehen:

- evtl. Öffnung des Projektes "Kind, Buch und Markt..." für Erstsemester
- Öffnung von projektorientierten Kursen fortgeschrittener Projekte für Studienanfänger

- Angebot von fachsystematischen Kursen Diese Möglichkeiten wurden unter der Voraussetzung der Genehmigung der beantragten Lehraufträge erörtert. Die unerwartete vollständige Ablehnung der beantragten Lehraufträge verschärft die

Studiosituation im Fach Germanistik erheblich, da die Studienanfänger des SS 76 für die Projektplanung im WS 76/77 zusätzlich zu den Studienanfängern des WS berücksichtigt werden müssen. Die beantragten Lehraufträge sollten durch Entlastung der in Projekten tätigen Lehrenden mit die Möglichkeit schaffen, Kapazitäten für die Planung zur Einrichtung eines Projektes für das WS freizusetzen. Zusammenfassend stellt der Fachschaftsrat Germanistik folgendes fest:

War der Modellversuch der ELAB bisher ständig von Restriktionsmaßnahmen von außen her bedroht, gegen die es sich zu wehren heute immer noch gilt:

- mangelnde Anzahl von Hochschullehrern
- immer noch zu geringe Anzahl von Kontaktlehrern

- unzureichende Mittel
- dem Projektstudium abträgliche Prüfungsordnung etc.,

so zeigt die heutige Situation zusätzliche Erscheinungen der Aushöhlung des Reformgedankens von innen heraus. Nur durch die unabdingbare verstärkte Koordinations- und Kooperationsbereitschaft aller Lehrenden des Faches, des Fachbereiches und der Universität kann diese Aushöhlung wirksam verhindert und der Reformanspruch verwirklicht werden." jk

Tutoren-VV

Haushaltstitel für WiHi

In einer Resolution hat die Tutorenvollversammlung den Senatsbeschuß, die Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren von 142 auf 163 zu erhöhen, begrüßt. Gleichzeitig kritisiert die Vollversammlung aber die Beschlüsse des Senats über die Verteilung der Stellen.

Die Tutorenvollversammlung sieht in dem Beschuß, den Fachbereichen die Entscheidung darüber zu überlassen, die ihnen zugewiesenen Tutorienstellen auch als Wissenschaftliche-Hilfskraftstellen ohne Lehraufgaben zu verwenden, die Gefahr, daß das Tutorenprogramm unter der Hand abgebaut wird.

Die Vollversammlung fordert die Fachbereiche auf, die ihnen zugewiesenen Tutorienstellen auch wirklich mit Tutoren zu besetzen.

Weiter wird kritisiert, daß die Zahl der Tutorienstellen zugunsten von wissenschaftlichen Hilfskräften ohne Lehraufgaben in den Zentralen Einrichtungen praktisch eingefroren wird; während der Senat davon ausgeht, daß ein realer Zuwachs der Studentenzahlen nicht eintrete, ist die Tutorenvollversammlung der Auffassung, daß sich eine Verschlechterung des Betreuungsverhältnisses der Studenten durch Tutoren ergeben könne, da der Anteil der durch Tutoren zu betreuenden Studenten, d.h. Studenten der neuen Studiengänge, anwachsen.

Außerdem sei es der Vollversammlung unverständlich, daß der Senat darauf verzichtet habe, einen von den Tutoren geforderten Zusatzhaushalt für 1976

zur Finanzierung aller erforderlichen Stellen in Hannover zu beantragen. Es wird gefordert, daß der Senat dies auf seiner nächsten Sitzung nachholt.

An der Beschlußfassung über den Universitätshaushalt für 1977 wird von den Tutoren die Tatsache kritisiert, daß hier nur Mittel für 133 Stellen vorgesehen sind, d.h., daß ca. 30 Stellen weniger als jetzt vorhanden sind und ca. 100 Stellen weniger als der gegenwärtige Bedarf. Das bedeutet, daß die Beschäftigung vieler Tutoren und wissenschaftlicher Hilfskräfte auch in Zukunft von den unsicheren und geringer werdenden Mitteln abhängig sein werde. Demgegenüber fordert die Tutorenvollversammlung, daß in Zukunft alle erforderlichen Tutorien- und Wissenschaftlichen-Hilfskraftstellen aus dem Haushaltstitel für wissenschaftliche Hilfskräfte finanziert werden. Jk

Haushalt '77

Im Rahmen einer Eilentscheidung hat der Rektor den vorläufigen Haushaltsentwurf für das Jahr 77 dem Ministerium vorgelegt, da das Ministerium sonst den Entwurf nicht bearbeitet hätte. Die Haushaltsanmeldung enthält 111 neue Stellen

StuPa wählte neuen AStA

Das im Januar neu gewählte Studentenparlament hat auf seiner gestrigen Sitzung erwartungsgemäß einen AStA gewählt, der sich ausschließlich aus Mitgliedern des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) und des Marxistischen Studentenbundes Spartakus (MSB) zusammensetzt. Der SHB, der über zwanzig der insgesamt 50 Mandate im Parlament verfügt, besetzt fünf, der MSB mit neuen Mandaten vier Referate. Als Sprecher wurde der 20jährige Lehrerstudent Bernd Bischoff (SHB) gewählt. Die Besetzung der weiteren Referate: Hochschulpolitik: Toni Pressler (SHB) Soziales: Kirsten Mandel (MSB), Fachschaften: Uwe Schulze-Fröhlich (SHB), Wolfgang Müller (SHB), Allgemeine und Internationale Politik: Frank Hammer (MSB), Kultur: Jochen Dubuisson (MSB), Organisation: Burkhard Linke (MSB), Bernd Schmidt (SHB). Das Präsidium des Studentenparlaments setzt sich aus dem SHB-Mitglied Barbara Hübner und dem Spartakisten Peter Brinkmann zusammen.

Stellenausschreibung

Im Fach Chemie ist eine A13-Stelle für Anorganische Chemie ausgeschrieben. Bewerber reichen ihre Unterlagen bei Prof. Dr. Hamann ein.

Grundsätze des Studienwechsels

Im Wege der Eilentscheidung hat der Rektor auf Vorschlag des Immatrikulationsausschusses die Grundsätze über die Wechselmöglichkeiten von Studenten bekanntgegeben. Im Rahmen der vorhandenen Studienplätze in höheren Semestern, die durch Abgang von Studenten freigeworden sind, besteht die Möglichkeit eines Studiengangs- bzw. Studienortswechsels nach folgenden Grundsätzen:

LEHRAMISSTUDIENGÄNGE

- Wechsel von Universität Osnabrück/Vechta - möglich bei gleichem Zulassungsfach; Aufnahme in das 2.-6. Semester
- Wechsel von anderen Hochschulen (ausgenommen Osnabrück/Vechta) - möglich bei gleichem Zulassungsfach; Aufnahme in das 2. und 3. Semester
- Wechsel innerhalb der Universität Oldenburg a) bei Wechsel beider Fächer - nicht möglich (nur Aufnahme in 1. Semester), b) bei Beibehaltung des Zweitfaches - möglich, Aufnahme in 2. - 4. Semester, c) bei Vertauschung von 1. und 2. Fach - möglich, Aufnahme in 2. - 4. Semester

DIPLOMSTUDIENGÄNGE

- Wechsel von anderen Hochschulen - möglich bei gleichem Studiengang; Aufnahme in das 2. - 7. Semester
 - Wechsel innerhalb der Universität von Lehramtsstudiengängen in Diplomstudiengänge - möglich bei gleicher Fachrichtung (z.B. LA Mathematik in Diplom-Mathematik); Aufnahme in das 2.-4. Semester (Zweifelfälle werden dem Immatrikulationsausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt.)
- Wie das Immatrikulationsamt dazu mitteilt, müssen Studiengangs- bzw. Studienortswechsel bis zum 27. Februar eingereicht werden. Die Zulassung erfolgt jeweils nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Anerkennung der bisher zurückgelegten Studiensemester durch das zuständige Prüfungsamt auf der Grundlage der geltenden Studien- und Prüfungsordnungen. Dabei sollen auch die Bestimmungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bezüglich der Förderung nach einem Fachrichtungswechsel beachtet werden (s. auch uni-info 5/76, S. 4).

WiHi-Stellen

In der ZETWA sind zum 1. April fünf Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte zu besetzen. Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Arbeitsbereiche - Anfertigung von technischen Zeichnungen, Plänen etc. - Mitarbeit im Fotolabor - Mitarbeit beim Aufbau eines Prozeßrechnersystems - Mitarbeit beim Auf- und Ausbau eines Laboratoriums für akustische Untersuchungen sowie Mitarbeit bei entsprechenden Praktikumsveranstaltungen - Mitarbeit beim Auf- und Ausbau eines Laboratoriums für optische Meßmethoden sowie Mitarbeit bei entsprechenden Praktikumsveranstaltungen - vorgesehen. Bewerbungen sind bis zum 23. Februar 76 an den ZETWA-Vorstand (z.Hd. Herrn Scholz, AVZ 1-403) zu richten. Vorgehener Vorstellungstermin: Freitag, den 27. Februar 1976.

*

Im Rechenzentrum sind zum 1. April 76 sechs Wissenschaftliche-Hilfskraftstellen zu besetzen. Interessenten melden sich im Geschäftszimmer des Rechenzentrums (AVZ 3-202). Bewerbungen müssen mit den entsprechenden Unterlagen bis spätestens zum 20. Februar eingereicht werden.